
Geplanter Lithiumabbau im Erzgebirge

Naturverbände warnen: EU-Rohstoffgesetz könnte Umweltstandards im Erzgebirgsbergbau schwächen

Der NABU Sachsen und die Grüne Liga beobachten mit großer Besorgnis die aktuellen Entwicklungen rund um die geplanten Lithiumabbauprojekte im Osterzgebirge, denn ein EU-Gesetz zur europäischen Rohstoffverordnung ermöglicht mit der Einordnung bestimmter Abbauvorhaben als „strategische Projekte“ verkürzte Genehmigungsverfahren. Damit könnten langjährige Umweltstandards gefährdet sein.

Die im **Critical Raw Materials Act (CRMA)** vorgesehenen Sonderregelungen für strategische Projekte greifen massiv in bestehende Umweltschutzstandards ein. Statt der üblichen umfassenden Prüfverfahren sieht der CRMA für derartige Vorhaben stark verkürzte Genehmigungsfristen vor. Strategische Projekte sind Vorhaben von besonderem „öffentlichen Interesse“, wie wir es bereits vom Ausbau der erneuerbaren Energien kennen. Mit dieser Einordnung, so die Warnung der Verbände, würde zum einen die Berücksichtigung der Umwelt- und Naturschutzaspekte gegenüber wirtschaftlichen Faktoren nachrangig behandelt, zum anderen führt eine Beschleunigung zwangsläufig zu Lasten der Umweltprüfungen.

Als erste im Erzgebirge geplante Projekte haben sich die Zinnwald Lithium GmbH (auf deutscher Seite) und Geomet s.r.o. (auf tschechischer Seite) als "strategische Projekte" beworben um von den Erleichterungen zu profitieren. Eine Bewilligung seitens der EU hätte weitreichende Auswirkungen auf zukünftige Abbauvorhaben im Erzgebirge, denn hier liegt der Hotspot deutscher Lagerstätten kritischer Rohstoffe.

Die Erfahrungen des Vorwendebergbaus im Erzgebirge - aber auch bei aktuellen Abbauprojekten, wie dem Kiesabbau in der Radeburger-Laußnitzer Heide - zeigen, dass die Erschließung von Rohstoffen niemals naturverträglich abläuft. Vorherige detaillierte Prüfungen zur realistischen Abschätzung und Reduzierung der Abbaufolgen sind unbedingt notwendig. Mit der Einstufung als „strategisches Projekt“ drohen genau diese Standards ausgehebelt zu werden.

„Umweltprüfungen sind ein hart erkämpftes und wertvolles Gut. Wir dürfen sie keinesfalls zugunsten wirtschaftlicher Interessen einschränken. Wirtschaft und Naturschutz müssen gemeinsam gedacht und umgesetzt werden. Das ist nie einfach, aber es ist möglich. Die Natur bildet unsere langfristige Lebensgrundlage.“, mahnt Maria Vlačic, Vorsitzende des NABU Sachsen.

Ein Reduzieren der umwelt- und naturschutzrelevanten Prüfungen ist nicht zu akzeptieren. Die Naturschutzverbände verweisen auf die hohe Dichte von nationalen und internationalen Schutzgebieten. Die Bergbauvorhaben betreffen direkt das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 sowie zahlreiche nationale Schutzgebiete und gefährden vom Aussterben bedrohte Arten. Wertvolle Biotopie wie Bergwiesen und Moore sind von Zerstörung bedroht.

Eine fundierte Prüfung dieser komplexen Zusammenhänge ist in den vom CRMA vorgegebenen Fristen nicht möglich. NABU Sachsen, der Grüne Liga Bundesverband und Grüne Liga Osterzgebirge unterstützen daher die EU-Beschwerde deutscher und tschechischer Bürgerinitiativen gegen die Einstufung als strategische Projekte und fordern vollumfängliche Umweltverträglichkeitsprüfungen mit angemessenen Beteiligungsfristen für Öffentlichkeit und Verbände.

"Wir brauchen eine verantwortungsvolle Rohstoffpolitik, die ökologische Grenzen respektiert und bestehende Umweltstandards wahrt", so das Fazit der Verbände.

Hintergrundinformation:

Der Critical Raw Materials Act (CRMA) wurde im Mai 2024 vom EU-Parlament beschlossen. Er soll die Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen sichern und sieht vor, dass bis 2030 mindestens 10% des EU-Bedarfs aus heimischer Produktion gedeckt werden. Für als "strategisch" eingestufte Projekte gelten verkürzte Genehmigungsverfahren und erleichterte Auflagen.